

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt wiesla.
Gesamt Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Kurthauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1338
Stroße Riesa Nr. 82

Nr. 35.

Montag, 11. Februar 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,9 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für den Monat Februar 1924 2 Mark 60 Pf. einschließlich Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige. Zeitraumbewerben und Adressänderungen: v. ap. 50%, Kündigung, freie Laufzeit, Bemühter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Ständige Anzeigensätze: 100 Gold-Pfennige. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Bürgerlicher Wahlsieg in Thüringen.

Sehr starke Wahlbeteiligung.

Erfurt. Die gestrigen Wahlen zum thüringischen Landtag haben trotz der vorantreibenden lebhafte Propaganda des Ordnungsbundes und der sozialistischen Parteien den denkbar ruhigsten Verlauf genommen. Nur in der Stadt Gumburg a. S. ist es nach den bisher vorliegenden Meldungen zu einer kleineren Anwesenheit gekommen. Trotz dem vom Militärbehörden erlassenen Verbot des Ausschanks stark alkoholischer Getränke kam es in einem Streit zwischen deutschvölkischen und sozialdemokratischen Wählern, der mit Biergläsern ausgefochten wurde und einen Tumult im Wahllokal herbeiführte. Nach den bisher vorliegenden Meldungen aus Weimar, Eisenach, Apolda, Gotha, Jena, Arnstadt, Meiningen, Sora usw. war die Wahlbeteiligung außerordentlich hoch; sie wird in den einzelnen Wahlbezirken zwischen 80 und 90%, teilweise sogar bis 95%, geschätzt. Um 7 Uhr abends wurde der Wahlgang geschlossen.

Einzelsergebnisse

der thüringischen Landtagswahlen.

Sora: Ordnungsbund 19672, Deutschvölkische 6873, Freier Wirtschaftsbund 720, USPD. 14475, NSDAP. 1576, SPD. 7925.
Böhmstedt: Ordnungsbund 3142, Deutschvölkische 1333, USPD. 1819, Kommunisten 6727.
Gotha: Ordnungsbund 9010, Deutschvölkische 4587, USPD. 1933, Kommunisten 6727.
Saalfeld: Ordnungsbund 4294, Deutschvölkische 311, Freier Wirtschaftsbund 16, USPD. 3164, Kommunisten 1938.
Jena: Ordnungsbund 14210, Deutschvölkische 2414, Freier Wirtschaftsbund 241, USPD. 6150, NSDAP. 17, Kommunisten 8668.
Eisenach: Ordnungsbund 11536, Deutschvölkische 2120, Freier Wirtschaftsbund 42, USPD. 5740, NSDAP. 1600, Kommunisten 3590.

Der Goldbauplan der Sachverständigen.

Der bedeutendste Schritt zur Stabilisierung.

Berlin. Das erste Sachverständigenkomitee veröffentlicht folgende Mitteilung:
Die Arbeiten des ersten Sachverständigenkomitees haben dazu geführt, mit Einmütigkeit in großen Zügen den Plan festzulegen, den es für die Errichtung einer neuen deutschen Goldnotenbank anempfiehlt, die ihre eigenen Noten gegen diejenigen der Notenbank und der Reichsbank austauschen soll.
Die diesem Entwurf zugrunde liegenden allgemeinen Prinzipien sind dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht zur Kenntnis gebracht worden, der durchaus den Eindruck hat — unter dem auch die Sachverständigen selber stehen —, daß, falls dieser Entwurf zur Ausführung gelangt, er sich als der bedeutendste Schritt zur endgültigen Stabilisierung der deutschen Währung und zur Ausbalancierung des deutschen Etats erweisen wird. Das Sachverständigenkomitee wird der Reparationskommission gegenüber zum Ausdruck bringen, daß der Plan, den es der Kommission unterbreiten werde, baldmöglichst zur Ausführung gebracht werden soll. Dr. Schacht hat dem Komitee erklärt, daß er bei Aufstellung seiner Pläne für die Errichtung einer Goldbank es so einrichten wolle, daß ihr Aufgeben in die von dem Komitee vorgeschlagene Notenbank einleitet werde. Herr Dr. Schacht wird am 18. d. Mts. mit dem Sachverständigenkomitee in Paris wieder zusammentreffen.

Darauf wird dem WZV. von unterrichteter Seite geschrieben: Die offizielle Ausfertigung des Sachverständigenkomitees, das seine Vorschläge in Berlin hiermit vorerst beibehalten dürfte, zeigt in erfreulicher Weise, daß die Zusammenarbeit zwischen den in Frage kommenden deutschen Stellen und dem Komitee zu einem befriedigenden Ergebnis geführt hat. Das Komitee, das von der Reparationskommission den Auftrag empfangen hat, Vorschläge für eine definitive Stabilisierung der deutschen Währung zu machen, hat seine Arbeiten von vornherein und unverändert auf diesen Endzweck gerichtet. Der dahingehende Plan hat die Vereinfachung der bisherigen verschiedenen deutschen Zahlungsmittel auf einer einzigen Goldbank zum Ziel. Die Vorschläge, die das Komitee dabei leitet, sind derart, daß auch von deutscher Seite ein Erfolg daraus erwartet wird. Andererseits hat das Komitee niemals verkannt, daß unsere derzeitige Wirtschaft- und Währungsverhältnisse ein promptes Handeln erfordern. Die Sachverständigen werden die Auffassung der Reparationskommission gegenüber zum Ausdruck bringen und zeigen durch die bereits für den 13. d. Mts. in Paris angelegte Fortführung der gemeinsamen Arbeiten, daß es ihnen mit der beschleunigten Lösung des Problems ernst ist. Um die von dem Reichsbankpräsidenten eingeleiteten Arbeiten auf baldige Heranziehung inländischer und ausländischer Goldkapitals für die Zwecke der deutschen Wirtschaft nicht zu behindern und ihre Weiterführung zu ermöglichen, hat die Kommission die Erklärung des Reichsbankpräsidenten entgegengenommen und in ihrem Kommando zum öffentlichen Ausdruck gebracht, daß die Arbeiten des Reichsbankpräsidenten so geführt werden, daß das Aufgeben der heranzustellenden Kapitalien in dem von den Sachverständigen ins Auge gefassten definitiven Plan vorgesehen

Eisenach-Bund: Ordnungsbund 21484, Deutschvölkische 1182, USPD. 9254, NSDAP. 458, Kommunisten 7872.
Arnstadt: Ordnungsbund 5286, Deutschvölkische 1640, Freier Wirtschaftsbund 21, USPD. 3161, Kommunisten 3010.
Sonneberg: Ordnungsbund 5078, Deutschvölkische 580, USPD. 4472, Kommunisten 2623.
Meiningen: Ordnungsbund 2677, Deutschvölkische 1178, Freier Wirtschaftsbund 8, USPD. 2274, Kommunisten 1507.
Weimar: Ordnungsbund 12293, Deutschvölkische 4671, USPD. 4090, NSDAP. 950, Kommunisten 3881.
Sonderhausen: Ordnungsbund 3450, Deutschvölkische 1058, USPD. 1534, Kommunisten 1591.
Jella-Melsa: Ordnungsbund 2004, Deutschvölkische 1119, USPD. 1642, Kommunisten 3111.
Meiningen: Ordnungsbund 4200, Deutschvölkische 2073, USPD. 1996, Kommunisten 1121.
Rudolstadt: Ordnungsbund 4361, Deutschvölkische 2577, USPD. 1849, NSDAP. 731, Kommunisten 1780.
Cherub: Ordnungsbund 1417, Deutschvölkische 916, USPD. 350, Kommunisten 1382.

Bürgerlicher Wahlsieg auch in Lüneb.

Lüneburg. Bei den gestrigen Bürgerlichswahlen wurden folgende Stimmen abgegeben: Kommunisten 8996, Sozialdemokraten 2526, Haus- und Grundbesitzer 7871, Demokraten 6558, Wirtschaftsgemeinschaft (Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Zentrum und Bürgerbund) 19506, Deutschvölkische 5402. Es ergab sich demnach die Kommunisten 10, die Sozialdemokraten 28, Haus- und Grundbesitzer 8, Demokraten 7, Wirtschaftsgemeinschaft 21, Deutschvölkische 6 Sitze. Während sich die Bürgerlichswahlen bisher aus 45 Sozialdemokraten und Kommunisten und 35 Bürgerlichen zusammensetzten, stellen nunmehr 38 Abgeordnete der Linken 42 Bürgerliche gegenüber.

Fortbestehen der deutschen Eisenbahnverwaltung in Köln. Ein deutsch-englischer Erfolg.

Köln. Die Verhandlungen der Rheinlandkommission in Koblenz haben dazu geführt, daß das Koblenzer Abkommen über die Eisenbahnfrage vom 14. Dezember 1923 als noch vivendi angenommen wurde. Danach bleibt also die deutsche Eisenbahnverwaltung im Reichsbahnamt Köln bestehen. Zur Regelung der in dem Abkommen vom 14. Dezember 1923 vorgesehenen technischen Fragen sind technische Ausschüsse aus englischen, französischen und deutschen Eisenbahntechnikern gebildet worden, die bereits am Montag in Mainz zusammentreten werden. In Zukunft soll sowohl der Personen- wie der Güterverkehr nach allen Richtungen hin wieder durchgehend abgefertigt werden. Von heute morgen an wird bereits eine Verbesserung des Personenverkehrs bei den internationalen Zügen nach Frankreich und Belgien durchgeführt werden, indem diese Züge in Wirt nur noch eine Minute halten, während der Lokomotivwechsel in Düren stattfindet, statt wie bisher in Wirt. Die Züge gewinnen dadurch eine halbe Stunde Zeit.

Die Kölnische Volkszeitung meldet zur Lösung der Eisenbahnfrage im britischen Sektor, daß auf englischer Seite die Verhandlungen in Koblenz von dem Chef der Interalliierten Eisenbahn-Unterkommission Oberst Stanton geführt worden sind. Der englische Standpunkt sei gewahrt worden, die Kölner Reichsbahndirektion in deutscher Hand geblieben. Es handelt sich um die 6 Hauptlinien Köln-Ruhr, Köln-Düsseldorf, Köln-Breidenbrunn, Köln-Bonn, Köln-Troisdorf und Köln-Kirchberg. Die Reichsbahn habe, um den Durchgangsverkehr endlich zu erreichen, bedeutende finanzielle Opfer gebracht. Mit deutschem Geld in Köln oder im übrigen britischen Sektor gelöste Fahrkarten gelten für die Reise nach jeder Station des Regie-Betriebes. Ihre Abrechnung erfolgt in Köln. Bis der Verlosungsverkehr Düren-Wachen von der Regie durchgeführt werden kann, halten die internationalen D-Züge noch in Wirt, um Reisende aus dem Dürener Bezirk aufnehmen zu können. Die Reichsbahndirektion Köln ist mit allen Kräften bestrebt, in erster Linie auf der so wichtigen Strecke Köln-Düsseldorf den Durchgangsverkehr in Gang zu bringen.

Scharfes französisches Urteil über die Regie.

Paris. Das Abkommen über den Eisenbahnverkehr in der britischen Zone gibt dem Journal des Débats Anlaß zu der Erklärung, daß die französisch-britische Eisenbahnregie baldigst verschwinden müsse. Im Interesse der Verlagerung der Macht und des begünstigten Gebietes müßten die fremden Eisenbahnen nach Hause geschickt werden. Es sei lächerlich geworden, die Regie als eine Quelle der Wohlhabendheit und als ein brauchbares Instrument für die Zukunft hinzustellen.

Die Novelle zum Reichswahlgesetz.

Berlin. Die vom Reichskabinett genehmigte Novelle zum Reichswahlgesetz ist am Sonntag dem Reichsrat vorgelegt worden, und wird nach Zustimmung des Reichsrats demnächst beim Reichstag eingebracht werden.

Die Zahl der Reichstagsabgeordneten wird auf 399 festgesetzt. Die 16 Wahlkreisverbände werden in Wahlkreise mit durchschnittlich 350 000 Einwohnern unterteilt. Insgesamt ergeben sich 156 Wahlkreise. Die Verteilungszahl 60 000 wird auf 75 000 erhöht. Jeder Kreiswahlvorschlager darf nicht mehr als zwei Bewerber benennen und muß ein Kennwort tragen. Innerhalb eines Verbandes gelten Wahlvorschlager mit dem gleichen Kennwort als untereinander verbunden. Verbände ohne Wahlvorschlager gelten den anderen Kreiswahlvorschlägern gegenüber als ein Wahlvorschlager. Ein und derselbe Wahlvorschlager kann innerhalb eines Verbandes in mehreren Wahlkreisen aufgestellt werden.

Damit wird ein einheitliches Verfahren ermöglicht und den Bedürfnissen der Parteien nach ihren verschiedenen Stärkeverhältnissen in den einzelnen Wahlkreisen Rechnung getragen. Jedem Wahlvorschlager und jeder Gruppe verbundener Wahlvorschlager werden sowie Abgeordnetenliste angewiesen, daß je einer auf 75 000 für sie abgegebene Stimmen kommt. Die bei dieser Verteilung überschüssig bleibenden Stimmen gelten als Reststimmen und werden dem Reichswahlvorschlager zur Bewertung überlassen. Die auf eine Gruppe verbundener Wahlvorschlager entfallenden Abgeordnetenliste werden auf die einzelnen miteinander verbundenen Wahlvorschlager nach dem Höchstzahlensystem d' Hondt unterteilt. Die einzelnen Wahlvorschlager werden also nach ihrem Wahlerfolg bei Berechnung der Abgeordnetenliste beteiligt. Beim Ausschneiden eines Abgeordneten tritt als Ersatzmann der Bewerber des Wahlvorschlagers mit der nächsten Höchstzahl ein. Die auf Reichswahlvorschlager überwiegenen Reststimmen werden zusammengezählt, jeder Reichswahlvorschlager erhält auf je 75 000 Reststimmen ein Mandat.

Reichstagswahlen voraussichtlich am 15. Juni 1924.

Die aus politischen Kreisen verlautet, werden die Reichstagswahlen voraussichtlich am Sonntag, den 15. Juni 1924, stattfinden. Bei den vorigen Reichstagswahlen waren der Präsident des Staatlichen Reichsamtes Teilbrand zum Reichswahlleiter und zu seinem Stellvertreter der Weimarer Regierungsrat Dr. Gustav Teinus von Reichsminister des Innern ernannt worden. Nachdem Präsident Teilbrand infolge Erreichung der Altersgrenze aus dem Reichswahlleiters ausgeschieden ist, werden die Geschäfte des Reichswahlleiters von seinem Stellvertreter Dr. Teinus weitergeführt.

Die Reichstagswahlen voraussichtlich nach den bisherigen Bestimmungen.

Berlin. Zwischen dem Reichsfiskus und den Parteiführern waren am Sonntag Besprechungen über die Aenderung des Reichswahlgesetzes. In der Aussprache wurden die Bedenken dahingehend geltend gemacht, ob es möglich wäre, bei den vom Reichstage vor seiner Auflösung noch zu bewältigenden großen Aufgaben die nötige Zeit für die Beratung und Verabschiedung des vom Reichskabinett beschlossenen Entwurfs zur Aenderung des Reichswahlgesetzes zu gewinnen. Man ist infolgedessen übereingekommen, von einer Weiterleitung des dem Reichsrat bereits zugegangenen Entwurfs an den Reichstag abzusehen. Die nächsten Reichstagswahlen Mitte Juni werden also nach den bisherigen Bestimmungen des Reichswahlgesetzes durchgeführt werden.

Verschiebung des Hitler-Prozesses auf den 26. Februar.

München. Der Vorsitzende des Volksgerichtes München I, Landgerichtsdirektor Reibhardt, hat nach Rücksprache mit den beteiligten Instanzen die Verschiebung des Hochverratsprozesses gegen Hitler, Ludendorff und Gessloff und die Verlegung an einen anderen Verhandlungsort angeordnet. Der Prozeß nimmt nach der neuen Festsetzung nicht am 18., sondern erst am 26. Februar, vormittags 9 Uhr, seinen Anfang. Als Verhandlungsort wurde die ehemalige Kriegsschule in der Stubenburgerstraße bestimmt. Zu den bisherigen Angeklagten kommt als weiterer Ludendorffs Stiefsohn, Oberleutnant a. D. Berner, hinzu. Eine Ausdehnung der Anklage auf die Herren Kahr, Hoffmayer und Seiser, wie sie von der Ludendorff-Partei gefordert wird, ist dagegen nicht zu erwarten.

Das Sparprogramm der französischen Regierung.

Paris. Die Kammer wird sich heute mit dem Artikel 2 des Finanzgesetzes beschäftigen. Dieser Artikel hat folgenden Wortlaut: Vom Inkrafttreten des Gesetzes ab unterbleibt bis zum Ausgange des Geschäftsjahres 24 die Schaffung irgendwelcher neuer Dienststellen und auch die Einstellung neuer Kräfte. Im Falle dringender Notwendigkeit können durch besonderen vom Ministerpräsidenten und vom Finanzminister unterzeichneten Erlaß Ausnahmen zugelassen werden. Es ist anzunehmen, daß dieser Artikel ohne längere Debatte zur Annahme gelangt. Eine außerordentlich heftige Diskussion wird sich aber dann über den Artikel 3 entspinnen, der auf eine 20 prozentige Erhöhung der Steuern Bezug nimmt. Dieser Artikel lautet folgendermaßen: Vom 1. Januar 24 ab werden nach den Bestimmungen des Finanzgesetzes zu sämtlichen Steuern und Abgaben 20% mehr erhoben. In den Wandelungen des Palais Bourbon gibt man der Ansicht Ausdruck, daß die Abgeordneten, die auf ihre Wiederwahl bedacht sind, besonders schwerlich diesen Artikel unterschreiben werden.

Vertikales und Kritisches.

Mies, den 11. Februar 1924.

— Albert Döring's Leben und Schicksal, seine Werte, insbesondere "Der Walfischmied", werden in dem Vortrag besprochen, den Herr Oberlehrer Schneebaum am Mittwoch, 13. Februar, abends 8 Uhr im Festsaal der Oberrealschule über "Die Oper der Romantiker" hält. Hierbei ist eine treffliche Gelegenheit geboten, sich für die nächste Aufführung der Staatsooper in Mies in das Wesen des Werkes und seines Verfassers einzuführen. (Siehe auch heutiges Inserat.)

— Der Gabelbergerische Stenographen-Verein zu Mies hielt am 8. d. M. seine 53. Jahresversammlung im Hotel Kronprinz ab, die sehr gut besucht war. Aus dem kurzen Rückblick, den der Vorsitzende, Herr Oberlehrer Neuther gab, war zu entnehmen, daß das vergangene Jahr, das den vollständigen Zusammenbruch von Wahrung und Wirtschaft brachte, auch für den Stenographen-Verein nicht ohne Folgen gewesen ist, was namentlich die üblichen Monatsversammlungen und die sonstigen Veranstaltungen des Vereins sehr beeinträchtigte. Trotz allem aber kann der Verein mit der geleisteten Arbeit zufrieden sein. Ein Anländer, ein Fortbildungs- sowie ein Redeschreib-Kursus wurden durchgeführt und die Mitgliederzahl stieg um 41 auf insgesamt 105. Die regelmäßige jeden Freitag in der Dannebergstraße abgehaltenen Übungsabende erfreuten sich immer sehr guter Besuche. Der Verein beteiligte sich an dem im September stattgefundenen Gauwettbewerb des Sächsischen Verbandes Gabelbergerischer Stenographenvereine und konnte hier die besten Preise im ganzen Gau davontragen. Bei der Tagung des Landesverbandes Sächsischer Stenographenvereine Gabelberger, in Weidau, war der Verein ebenfalls vertreten. — Der neue Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender: Herr Oberlehrer Neuther, 2. Vorsitzender: Herr Lehrer Wilmisch, 1. Kassierer: Herr Grohe und 1. Schriftführer: Herr Fischer. Die übrigen Vorstandsmänner blieben in den bisherigen Händen. — Nach Erhaltung des Jahres- und Kasernenberichts wurde dem Vorstand Entlastung erteilt. Die Versammlung beschloß, in nächster Zeit ein Vereinsausgabenbuch abzuhalten, und es wird beschlossen, die besten Arbeiten mit Wertpreisen auszuzeichnen. Zum Schluß dankte der Vorsitzende den Mitarbeitern des Vorstandes, sowie allen Anwesenden und Anwesenden für die geleistete Arbeit und bat, auch im kommenden Jahre weiterhin die Treue zu bewahren, um der Kunst unseres Altmeisters Gabelberger immer weitere Ausdehnung zu verschaffen, damit ihr auch in Zukunft der Platz gesichert werde, der ihr zukommt. Heute mehr denn je ist die Stenographie in Handel und Industrie eine Notwendigkeit und ein nicht zu unterschätzendes Hilfsmittel. Darum auf zu neuer Arbeit im neuen Jahre! Rahlos vorwärts für Gabelberger und sein Werk!

— Eine Unfälle, die nicht scharf genug geahndet werden kann, ist das Wegwerfen von Kugeln in Schulen. Raus sind viele Schülern zu einseitigen erschwerten Prüfungen zu haben, so kann man auch schon das achillische Weimertchen der Schulen beobachten. Mädel doch jeder sich bewußt werden, daß Obstreste, auf die Fußwege geworfen, die Mitschüler genau so gefährlich werden können als Giftschalen, und deshalb sollte jeder, der unterwegs durcheinand eine Spielkugel essen muß, die Schalen hübsch einkleben und mit nach Hause nehmen.

— Für ein Zwanzigstel gekürzt in Gold zählt die Reichsbank neuerdings 20 Millionen Papiermark oder 20 Reichsmark. Damit hat das Kuriosum aufgehört, daß 20 Goldmark mit etwas über 19,20 Mark bezahlt wurden. Für eine Silbermark dagegen werden nach wie vor 400 Millionen Mark oder 40 Rentenpfennige gezahlt.

— Das Mieterkühnpflichtgesetz. Der Gesamtvorstand des Landesverbandes Sachsen im Bunde Deutscher Mietervereine (S.D.M.) in Dresden faßte am 9. Februar folgende Entschlüsse: Der am 9. Februar in Dresden versammelte Gesamtvorstand des Sächsischen Landesverbandes im Bund Deutscher Mietervereine (S.D.M.) begrüßt das Vorgehen des Bundesvorstandes, sich mit aller Kraft gegen jede Vorlegung des Mieterkühnpflichtgesetzes zu wenden und damit die deutsche Wohnwirtschaft aus den Fesseln des Evidenzanturismus und der Entschuldigungsregulierung endlich in gesunde Bahnen zu lenken. Der Landesverbandsvorstand wird sich dafür einsetzen, daß das eingeleitete Volksbegehren und der Volksentscheid unbedingt erfolgreich durchgeführt wird. — Der von dem genannten Bunde am Sonntag vormittag in Ullrichstraße einbringende Antrag zum Volksbegehren wurde um das Mehrfache überschritten. Die Listen sind geschlossen.

— Gefälschtes Eisenbahnnotgeld. Es sind gefälschte Reichsbahn-Notgeldscheine im Nennwerte von 50 Millionen im Umlauf. Sie sind auf hellblauem Papier mit gut sichtbarem, gleichmäßigem Wasserzeichen bedruckt. Vor Annahme dieser Scheine wird gewarnt. 50 Millionen-Scheine sind überhaupt nicht auszugeben worden.

— Zum Beamtenabbau. Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei verwendet eine Mitteilung, in der sich die Regierung gegen den Vorwurf verwahrt, daß der Beamtenabbau im Ministerium des Innern nur Beamte betreffen habe, die nicht der Sozialdemokratischen Partei angehören. Der Beamtenabbau werde, wie es das Gesetz vorsieht, ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit der Beamten vorgenommen. Freilich dürfte man nicht etwa die völlige Beseitigung aller der Beamten erwarten, die unter den Regierungen der letzten Jahre berufen worden und vor allem nicht der Sozialdemokratie unter ihnen. Die angeordnete Demokratisierung der Verwaltung dürfe durch den Abbau nicht zu nichte gemacht werden, für ein solches Verfahren sei das Innenministerium nicht zu haben.

— Gv.-Luth. Landeschulverein für Sachsen. Am Sonntagabend fand eine Sitzung der erweiterten Landeskonferenz statt, in der ausführlich zur augenblicklichen schulpolitischen Lage Stellung genommen wurde. Die gesamten sächsischen Ortsgruppen haben in den nächsten Wochen das Verbandsmitglied: Was tun wir bei fortwährendem Vorenthalten unserer in der Reichsverwaltung verankerten Rechte auf öffentliche Schulaufsicht? zu behandeln. Die Hauptversammlung des Landesverbandes findet diesmal am Sonntagabend in Glauchau statt. Die Präsidentschaft des Landesverbandes hat Oberkonsulent Reimer zugezogen.

— Das Schwerbeschädigtengesetz noch in Geltung. Es ist das Gerücht verbreitet, das Schwerbeschädigtengesetz habe infolge der Bestimmungen der Personalabbauverordnung seine Geltung für die Behörden verloren. Dieses Gerücht ist unrichtig, im Gegenteil ist den Behörden ausdrücklich zur Pflicht gemacht worden, bei der Durchführung des Personalabbaues die Bestimmungen des Schwerbeschädigtengesetzes genau zu beobachten. Alle Behörden sind nach wie vor verpflichtet, den vorgezeichneten Hundertteil von Schwerbeschädigten unter ihren jeweiligen Personalbeständen zu beschäftigen. Eine Entlassung kommt nur bei Schwerbeschädigten in Frage, die über die gesetzlichen Verpflichtungen hinaus eingestellt worden sind; aber auch auf solche Schwerbeschädigten ist weitgehend Rücksicht zu nehmen. Ihre Entlassung ist erst in letzter Linie und nur dann auszusprechen, wenn die Notwendigkeit des Abbaues es zwingend erfordert.

— Schneeverwehungen im Gebirge. Im vergangenen Winter war kein Schnee und mit ihm traten große Schneeverwehungen ein. Aus Klingenthal wird berichtet, daß ein Schneesturm den letzten Nacht die

Rainaldhöhe durch übermannshöhe Verwehungen völlig unpassierbar gemacht hat. Am Freitag konnten die Kinder nicht zur Schule gehen. Die elektrische Bahn Klingenthal-Unterschneeberg-Georgenhauß mußte ihren Betrieb einstellen. — Auf der Straße nach Gieß verliefen infolge der herrschenden Kälte ein Ochse aus Plauen, wobei drei Personen leichte Verletzungen davontrugen. — Es gab seit Dienstag von der Welt abgeblieben. Es fährt kein Zug, da die Bahnstrecke vollständig verweht ist. Die Post erhält durch Schlitzen- und Botenverkehr den Betrieb einigermassen aufrecht, Telegraphen- und Fernverkehr sind gestoppt. Die Ueberlandzentrale vermag trotz des Tades des Sturmes nicht aufzukommen, und so ist die Stadt seit Sonntagabend ohne Licht- und Kraftstrom. Und seit Dienstag früh ohne Trinkwasser, da das Wasser im Wasserwerk ohne elektrische Kraft nicht hochgepumpt werden kann. Auf den Landstrassen sind die Schneeverwehungen so hoch, daß es tauglicher Arbeit bedürftig wird, um die Verkehrsbedingungen selbst wieder herzustellen. — Aus Altenberg wird berichtet, daß dort die Schneeverwehungen einen Stand erreicht haben, wie ihn die Bewohner seit vielen Jahren nicht mehr gewohnt sind. Von einzelnen menschlichen Wahnstücken führen Tunnel und meterhohe Gänge ins Freie. Die Gartenhäuser sind verweht. Manche Bäume liegen nur noch mit der Krone aus dem Schnee hervor. Der Verkehr ist sehr erschwert. Die Staatsstraße von Altenberg nach Zimmern mußte für den Fernverkehr gesperrt werden. Die neubauende Eisenbahnstrecke von Weißbach nach Altenberg liegt tief im Schnee eingebettet und es wird wohl geraume Zeit vergehen, ehe die Gleise wieder freigelegt werden können.

— Disziplinärverfahren gegen Ministerialdirektor Freund. Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei teilt mit: Die aus angeblicher zuverlässiger Quelle kommende Mitteilung eines Dresdener Matrosen, wonach die Regierung es abgelehnt habe, gegen den Ministerialdirektor Freund das von diesem beantragte Disziplinärverfahren einzuleiten, ist falsch. Die Regierung hat das Verfahren bereits eingeleitet; im übrigen ist an der zuständigen Stelle gegen die Vertreter der Beleidigten und Verleumdungen Freundes Strafverfahren unter Stellung von Strafanträgen erlassen worden.

— Bevorzugte Unterbringung der Ausgewiesenen. Die aus dem besetzten Gebiet ausgewiesenen deutschen Reichsbürger sind nach einer ausdrücklichen Weisung des Reichsausschusses vom 24. Februar 1923 vor allen anderen Wohnsuchenden unterzubringen. Der Reichsarbeitsminister hat vor kurzem in einem Rundschreiben an die Landesbehörden gebeten, die Gemeinden auf diese Weisung aufmerksam zu machen und dafür Sorge zu tragen, daß den Ausgewiesenen, vor allem auch bei der Rückkehr in ihren früheren Wohnort, mit größter Beachtung ein Unterkommen verschafft wird. Die bevorzugte Unterbringung der Ausgewiesenen, die in vaterländischem Interesse Nachteile auf sich genommen haben, ist eine besonders wichtige Pflicht der Gemeinden.

— Neues Leben in der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenbewegung. Die furchtbare Not, unter der in den Zeiten der Selbstentwertung und der wirtschaftlichen Krisen alle Organisationen leiden, die ohne festen wirtschaftlichen Rückhalt soziale und ideale Ziele verfolgen, ist allgemein bekannt. In den Organisationen dieser Art gehört auch der auf deutschem Boden stehende Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener, dessen Hauptgeschäftsstelle sich in Berlin W.D., 18. Große Frankfurter Straße 53, befindet. Der Zentralverband hat während des Jahres 1923 schwer zu kämpfen gehabt, um bei seiner stets steigenden Finanzproblematik durch die wirtschaftlich immer mehr geschwächten Mitglieder den an ihn gestellten Anforderungen gerecht zu werden; nur unter Aufbietung äußerster Kraft und Anstrengung ist dieses gelungen. Die Krise, in der sich der Verband befindet, kann jetzt einige Zeit nach der Durchführung wertvoller Leistungen im Verkehr als fast überwunden angesehen werden. Überall im Verband macht sich jetzt neues Leben bemerkbar, hauptsächlich in den Ortsgruppen, die vielerorts in verstärktem Maße die Arbeit wieder aufnehmen. Auch gewinnt der Verband immer weitere Verbreitung durch die Entstehung neuer Ortsgruppen und den Beitritt von Ortsgruppen anderer Organisationen, die sich als weniger stark und weniger arbeitsfähig erweisen haben. Es ist zu verstehen, daß die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen im letzten Zeitpunkt wirtschaftlichen Tiefstandes, unter denen die Kriegsbeschädigten als grobenteils schwächere Arbeitsträger am meisten leiden und angesichts der starken Verringerung der Leistungen des Reichs für die Kriegsopter danach trachten, sich mittels Zusammenfassungen in Ortsgruppen innerhalb des Zentralverbandes durch Selbsthilfe und organisiertes Wirken innerhalb des Verbandes möglichst stark zu machen, um ihre an sich mächtigen, jedoch durchwegs berechtigten Wünsche und Forderungen zu verwirklichen.

— Entschleunigung gegen die unzureichende Hypothekenaufwertung. Der Hypothekengläubiger-Schutzbund für das Deutsche Reich hält die von der Reichsregierung in der letzten Steuerreform vorgelegene, in der Regel nur 10prozentige Aufwertung der Hypotheken und anderer Schuldforderungen für willkürlich und völlig unzureichend, für im höchsten Maße demoralisierend, für unfair und wirtschaftlichschädlich; dem Rechte, dem Vermögensschutzgesetz und der Verfassung widersprechend, ist die Würde des Kreditbewusstseins des Volkes erschüttern, das Vertrauen zur Regierung vermindern und den Kredit Deutschlands im In- und Ausland noch mehr untergraben. Aus diesem Grunde erhebt der Hypothekengläubiger-Schutzbund für das Deutsche Reich gegen die von der Regierung beabsichtigte Maßnahme entschieden Einspruch. Eine Anzahl beliehener Grundstücke ist im vollen Werte erhalten geblieben, sobald kein Grund besteht, die darauf ruhenden Hypotheken bei ihrer Abwicklung nicht zum vollen Werte zu begleichen. Es mag in gewissen Fällen zwar eine vorübergehende Verminderung der beliebigen Objekte insbesondere durch die Zwangswirtschaft und besondere Verteuerung eingetreten sein, aber bei diesen Grundstücken ist mit Sicherheit anzunehmen, daß sie in den Wert zur Zeit der Beilegung wieder hineinwachsen, insbesondere nach Beilegung der Ausnahmehypothek. Es ist wirtschaftlich und sozial ungerecht, den Hypothekengläubiger von der Teilnahme an diesem Gewinnaufwuchs auszuschließen. Darum kann und darf jetzt weder eine schematische noch eine ewig gültige Aufwertung zwangsweise vorgenommen werden, sondern es ist der Vereinbarung von Gläubigern und Schuldnern für die Gegenwart zu überlassen, sich über Verzinsung und Rückzahlung der Schuld zu einigen. Für den Fall, daß eine solche Einigung nicht zu erzielen ist, dürfte keine der Parteien einseitig gezwungen werden, die sofortige Beilegung des Hypothekenschuldens herbeizuführen. Lediglich halten wir nach wie vor den Vorschlag eines Expertenausschusses, und für Fälle, in denen eine Einigung nicht erfolgt, aber durch die besondere Lage des Gläubigers oder des Schuldners geboten ist, die Entscheidung durch Ausgleichsamtern für erforderlich. Die von der Reichsregierung beabsichtigte Regelung würde nur eine verschleierte, auch vom Reichsgericht verurteilte, Konfiskation des Eigentums der Hypothekengläubiger und anderer Forderungsberechtigten bedeuten, gegen die wir uns nochmals mit allem Nachdruck wenden. Der Hypothekengläubiger-Schutzbund erwartet, daß sein Widerspruch gegen eine schematische und

ungerechte Maßnahme der Währungsreform durchsichtig werde, damit die großen, hinter ihm stehenden Kreise einem weiteren Kampf um ihr gutes Recht entgehen können.

— Die Unpünktlichkeit. Wie viele sind unpünktlich und entschuldigen dann die Unpünktlichkeit mit überhöhten Geschäften! Die Erfahrung lehrt aber, daß gerade die am meisten beschäftigten Leute die unpünktlichsten sind. Um offen an sie gestellten Anforderungen zu genügen, müssen sie die strengste Zeiterteilung wahren lassen. Sie verstehen sich daher nur zu solchen Verpflichtungen, die sie erfüllen können. Sie versprechen nichts leichtfertig, halten sich aber, sobald sie ihr Wort gegeben haben, dadurch gebunden, sehen, daß sie einzuhalten für Ehrsache an und warten damit nicht bis auf die letzte Minute; denn die Gegenwart ist für sie eine feste Vorbereitung auf die Zukunft. Die unpünktlichsten Personen sind gewöhnlich die, welche soviel Zeit übrig haben, daß sie vor lauter Verschwendung derselben alle Einteilung verlieren. Sie glauben, sich die Unpünktlichkeit leisten zu können, weil sie den Wert der Zeit nicht zu würdigen verstehen und zu schätzen. Die Unpünktlichkeit entspringt aus der Nachlässigkeit und läßt sich auf die wichtigsten Dinge des Lebens auswirken. Manches Hauswesen wird zerrüttet, manches Lebensglück zerstört, manches Geschäft nicht vorwärts gebracht, und fragt man nach der Ursache, so trifft ein großer Teil der Schuld auf die Unpünktlichkeit!

— Dresden, am Freitag nachmittag 1/2 12 Uhr führten über 2000 Erwerbslose Markt und Mägen des Zentral-Theaters. Der öffentliche Arbeitsnachweis Dresden und die Liga für musikalische Kultur hatten sich vereinigt, um einen Teil der Erwerbslosen einmal anteilhaft zu bieten. Die Direktoren des Theaters und die Bank für Bank hatten das Theater kostenlos zur Verfügung gestellt, und auch die Künstler, die ihre schönen Gaben spendeten, hatten auf jedes Honorar verzichtet. Die Firma Köhler hatte den kostbaren Filialkostenlos zur Verfügung gestellt. Zu Beginn des Konzertes sprach Dr. Müller von der Liga für musikalische Kultur, der neben Dr. Brandt als Arbeitsnachweis sich viel Verdienst um die Veranlassung erworben hat, einige einleitende Worte. Professor Henri Martensau und Mary Gramel vereinigten sich in diesem Konzert zu Einzelvorträgen und gemeinsamen Vorträgen. Als dritter geleitete sich der Pianist Herbert Burkhardt hinzu. Es beharrt kaum der Erwähnung, daß die Hilfsbereitschaft den edlen Spenden reifer Künstlerlichkeit dankbar zu sein.

— Dresden, der Bericht der Kriminalpolizei meldet: In der Nacht vom Sonntag zum Sonntag gegen 1 Uhr wurde in den Anlagen an der Johann-Georgen-Allee und Albrechtstraße ein Kaufmannslehrling erschossen aufgefunden. Durch die sofort an Ort und Stelle von der Kriminalpolizei aufgenommenen Ermittlungen wurde festgestellt, daß der Kaufmannslehrling den Abend in einem Kioskalot verbracht und dort die Bekanntschaft eines jungen Drogisten gemacht hatte. Auf dem gemeinsamen Rathaushausweg ergriff die beiden in Streitigkeiten, in deren Verlauf der Drogist zum Revolver griff und auf den Kaufmannslehrling einen Schuß abgab, durch den dieser so schwer an der Lunge getroffen wurde, daß er kurz darauf tot zusammenbrach. Der Kriminalpolizei gelang es bereits in den frühen Morgenstunden, als Täter den Drogisten zu ermitteln und festzunehmen. Auch die von diesem in eine Schüsse geworfene Schusswaffe wurde herbeigeschafft. Der Täter ist im vollen Umfang gefählig. — Von anderer Seite wird gemeldet, daß der Täter der in der Bodenbacher Straße wohnhafte 21 Jahre alte Drogist Herbert Otto Schröder und der Erschossene der 18 Jahre alte Kaufmannslehrling Paul Ritter ist. Der Leichnam wurde zwecks gerichtlicher Sektion nach dem Landesgerichtsgebäude am Münchner Platz gebracht, der Täter der Staatsanwaltschaft zugeführt.

— Dresden, zur Störung der letzten Stadtverordnetenversammlung verbreitet die Deutschsozialistische Partei, Landesleitung Sachsen, die folgende Mitteilung: Mit den Mitteilungen verschiedener Dresdner Zeitungen, daß die Störung der letzten Stadtverordnetenversammlung planmäßig vorbereitet war, geht die Gruppe der Deutschsozialisten vollkommen einig. Das Mitbringen von Stindbomben beweist dies zur Genüge. Nachdem die Stindbomben auf den Platz des Stadtverordneten Dr. März geworfen worden war und der Vorsteher zur Räumung der Tribüne aufgefordert, eilten die kommunistischen Stadtverordneten sämtlich auf die Tribüne und verbreiteten dort das Märchen, die Deutschsozialisten hätten diese Störung verurteilt. Die Deutschsozialisten hätten in der Kammer vorher eine Unmenge Tribünenarten angefordert. Wichtig ist, daß die gesamte Gruppe der Deutschsozialisten zehn Karten angefordert und erhalten hätte. Die kommunistischen Deger erzählten ihren Leuten sogar, daß auf ihre Plätze im Kollegium von den Deutschsozialisten Stindbomben geworfen worden seien. Mit dieser Störung hätten die Deutschsozialisten beabsichtigt die weiteren Beratungen über die Einkommensaufhebungen, wozu zwei Urträge vorlagen, unmöglich zu machen. Die Verleumdungen hängen so niedrig, daß sie eigentlich einer Widerlegung nicht bedürften. Selbsterst ist nur, daß einer der Urträge in der Einkommensaufhebung von den Deutschsozialisten selbst mit geteilt worden war und daß gerade diese Gruppe großes Interesse an den Weiterberatungen haben mußte. Des ferneren würden es gerade die Deutschsozialisten vermeiden durch Herausbeziehung eines Stindbombs für "Einkommensaufhebung" ungenützte Beklame zu machen. Diese Beklame überlassen die Deutschsozialisten gern denen, welche sich in der Anwendung moderner Beklame auskennen. Selbstgele wurde von den Deutschsozialisten, daß sich unter den Hauptdirektoren auf der Tribüne alle die Leute befanden, welche am letzten Sonntag den vaterländischen Abend der deutschsozialistischen Ortsgruppe Dresden im Vereinsklub stören sollten und zu diesem Zweck mit 50 im Vorverkauf erworbenen Eintrittskarten versehen worden waren. Es bedarf keines Wortes mehr, um zu erklären, daß nur kommunistische Elemente planmäßig den Stindbomben vorbereitet hatten.

— Freiberg, in gemeinsamer Sitzung von Rat und Stadtverordneten sollte am Freitagabend die Wahl des neuen Oberbürgermeisters vorgenommen werden. Wegen die Wiederbelegung dieses Postens war jedoch die gesamte sozialistische-kommunistische Minorität. Auch ein Mitglied der Wirtschaftlichen Vereinigung, Rechtsanwalt Constantin Fächner, war als "Außenreiter" für seine Verlor ein entscheidender Wegner der beabsichtigten Wiederbelegung der erledigten Stelle. Vor der Abstimmung verließen Sozialdemokraten und Kommunisten geschlossen den Stadterordnetenrat, wodurch Beschlussunfähigkeit herbeigeführt wurde. Die entscheidende Wahl findet nunmehr in einer neuen Sitzung am Mittwoch statt.

— Dippoldiswalde. Hier kürzte das vierjährige Söhnchen eines Oberlehrers aus dem Fenster der oberen Wohnung ein Stockwerk tief hinab auf den harten Boden vor dem Hauseingange. Der vorbeigejagte Arzt konnte keine Verletzungen feststellen.

— Zwida. In Wianitz bei Zwida wurde ein "Radio-Loge" seine Freunde und Bekannten zu einem Radiokoncert eingeladen. Im Vortragssaal wurden Drähte gespannt, ein Lautsprecher-Apparat nach "eigener Konstruktion" aufgestellt, eine Empfangs-Antenne errichtet u. d. Die Erschienenen hörten zunächst mit Interesse den erlauternden Ausführungen des "Radiologen" zu. Dann gingen einige Lampfen am "Apparat" an zu glänzen. Die elektrischen Wellen kommen! Das Fernkoncert nimmt seinen Anfang. Mäusendunst ist's im Saal. In zartem Wianitz singt die Musik ein — man ist von der genialen Erfindung geradezu verblüfft. In hundert Folge wechseln die Vorträge

Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba

Heute unweiberrücklich letzter Tag: Der herrliche Mio-May-Film
Tragödie der Liebe 2. Teil: Vor dem Schwurgericht,
 Dienstag bis Donnerstag: Der gr. Sittenfilm

„Du sollst nicht begehren“

Ein Drama aus den Tiroler Bergen in 7 Akten nach dem amerikanischen Roman The Vinace.
 Regner: „Seine Geliebte“ mit Eddie Volo.

Ab Freitag: Tragödie der Liebe 3. Teil.

Kleiner Laden

mit Nebenraum oder Werkstatt ohne sonstige hierzu geeignete Räumlichkeit wird sofort oder später zu mieten oder Grundstück zu kaufen gesucht.
 Gest. Angeb. unter C 879a an das Tagebl. Riesa.

In jedem Hause

muß das Riesaer Tageblatt regelmäßig gelesen werden.

Bestellungen zum Versand durch die Post oder durch Zeitungsboten nimmt täglich zur Vermittlung die Tagesblatt-Geschäftsstelle, Riesa, Goethestr. 59, entgegen.

Holz-Verkauf.

Dienstag, 19. Februar, werden im Revier Delschau bei Belgern gegen Veranlassung vor der Abfuhr folgende Kiefernholz verkauft:

Durchm. o. H.	Stämme	Stöße
Bis 20 cm	89 Stück	58 Stück
21-25 "	93 "	64 "
26-30 "	95 "	43 "
31-35 "	40 "	28 "
über 35 "	10 "	8 "

Die Holzger werden einzeln resp. in kleinen Losen angeboten. Abnahmekriterien nur bei Bestellung gegen 3 M. Schreibgebühr.

Zusammenkunft im Schlaag am Delschau-Forst bei Wegge (grüne Tanne). Beginn 1/10 Uhr.

Die Forstverwaltung.

Meine Verlobung mit Fräulein Dorothea Schwerdtner, Tochter des Herrn Stadtbaudirektor R. Schwerdtner und seiner Frau Gemahlin Emma geb. Wünsche, Großenhain, beehre ich mich bekannt zu geben.

Johannes Thomas, cand. rer. pol.

Riesa, Friedrich-List-Straße 8, den 11. Februar 1924.

Ein treues Mutterherz hat aufgehört zu schlagen.

Nach Gottes unerforschlichem Ratsschluss entschlief gestern nacht 12 Uhr nach in großer Geduld ertragenem Leiden unsere innigstgeliebte, herzensgute, treuherzige Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Alara verw. Nische geb. Nische

im Alter von 55 Jahren. In unangenehm Schmerz
 Riesa, den 11. Februar 1924. Die Beerdigung findet Mittwoch nachm. 2 Uhr statt.

die trauernden Kinder
 Frieda Nische geb. Thieme
 nebst allen Hinterbliebenen.

Statt besonderer Anzeige.

Heute nachmittag 1/6 Uhr verschied nach längerem Krankenlager sanft und ruhig unser innigstgeliebter guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der

Freigutbesitzer

M. Oskar Lindemann

im fast vollendeten 60. Lebensjahre.

Trude Däweritz
 geb. Lindemann
Erich Däweritz.

Prausitz,
 9. Februar 1924.

Die Beerdigung findet Mittwoch nachm. 1 Uhr vom Trauerhause in Zwitzschkau aus statt. Beileidsbesuche werden dankend abgelehnt.

Der heutigen Ausgabe vom Riesaer Tageblatt, ausschließlich Postaufgabe, liegt ein Kartenprospekt mit anhängender Bestellkarte der Firma A. G. Käufer, Reichsdruckerei, Dresden-Mittl., Bühlplatz 1 über „Praktische Damen- und Kinder-Mode“ bei.

Ein Wanddruckschürze mit 3 Schürzen
 Sonnabend abh. verloren.
 Wegen ante Verloren abg. Goethestr. 5a, im Laden.

Schlafstelle a. vermieten.
 An erf. im Tagebl. Riesa.

2-300 Mark
 auf kurze Zeit gesucht.
 Grundst. schuldenfrei. Off. mit. E 880 an Tagbl. Riesa.

2-3000 Mr.
 als erste sichere Hypothek auf Grundbesitz in Riesa zu leihen gesucht. Off. unter B 877 an das Tagbl. Riesa.

Aufwartung
 und Waschfrau gesucht.
 An erf. im Tagebl. Riesa

Zaubere Aufwartung
 täglich 2 Stunden gesucht.
 An erf. im Tagebl. Riesa

Besseres, nicht so junges

Stubenmädchen

wird auf größerem Gut Nähe Gommalich für 15.2. oder später gesucht.
 Offerten erbeten unter D 879 an das Tagbl. Riesa.

Mädchen

16 bis 18 Jahre, welches Lust hat, Korsettnäherlei zu erlernen, sofort gesucht.
 Riesaer Korsett-Fabrik, Goethestr. 84. Annahme.

Schöne, milde

Allgäuer-Limburger-Käse

mit hochprozentigem Fettgehalt verendet schon von 5 Pfund an frei ins Haus zu nur 90 Pf. das Pfund, Cumentaler, Tilsiter, Schweizer, sowie andere Käseorten „Schottbilla“ die

Wolkerei Saub A. G. Sibirach-Stg.

Am 9. d. M. verstarb im Krankenhaus Riesa an den Folgen seines am 29. Dez. 1923 erlittenen schweren Unfallos unser Arbeiter

Herr Hugo Hennig

aus Heyda.

Wir betrauern einen tüchtigen Mitarbeiter, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.

Riesa, am 11. Febr. 1924.

Linke-Hofmann-Lauchhammer-Aktien-Ges.
 Stahl- und Walzwerk Riesa.

Dank und Nachruf.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme, welche uns beim Hinscheiden unseres so treuen Entschlafenen des pensionierten Hilfsweidenwärters

Friedrich Ernst Richter

anteil geworden sind, ist es uns nur hierdurch möglich, allen, welche ihm das Geleit zur letzten Ruhestätte gaben, sowie allen, welche uns durch Wort, Schrift und Blumenkund ihre Teilnahme bewiesen, unseren von Herzen kommenden Dank auszusprechen.

Zu aber, lieber Vater und Mutter, habe Dank und Ruhe sanft.

Wer liebend wirkt, bis ihm die Kraft gebreicht und legand stirbt, ach, den vergeht man nicht.

Lichtensee, am Begräbnistage.

Die trauernde Gattin nebst Kindern und allen Hinterbliebenen.

Am Sonntag nachmittag 1/5 Uhr nahm Gott der Allmächtige meinen lieben Vaten, meinen treuherzigen Schwager

Herrn Hugo Gehmigen

im Alter von 80 Jahren nach kurzen aber schweren Leiden zu sich in die Ewigkeit.

In tiefer Trauer
 Frieda Gehmigen geb. Thieme
 nebst allen Hinterbliebenen.

Meraborf, 11. Februar 1924.
 Die Beerdigung erfolgt Mittwoch mittag 1/1 Uhr vom Trauerhause aus.

Am Sonntag verschied nach langen schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Bruder und Großvater

Frau Otto Voigt.

In tiefer Trauer
 Marie Voigt nebst Kindern.

Gröba, 11. Februar 1924.
 Die Beerdigung findet Dienstag, 12. Febr., mittags 1 Uhr von der Friedhofshalle aus statt.

Am tliches.

Im Gartenbauverein Riesa sind eine Anzahl Gebäude (Ställe, Geflügelställe usw.), zum Teil mit Wasserantrieb, für gewerbliche Unternehmen oder als Lagerräume geeignet, sofort oder später zu vermieten.

Befristung vom. 8-12, nachm. 2-5 Uhr, Sonnabends nur vom. 8-12 Uhr.
 Finanzamt Riesa Reg. Verw. Riesa.

Bereinsnachrichten

Militärverein Gröba. Zur Beerdigung unseres Kameraden O. Boltz Stellen Dienstag 1/1 Uhr im „Anter“, Gabelberger Stenographen-Verein Riesa. Jeden Freitag abends 8 Uhr Übungsabend des Fortbildung und Biederstr. Kurulus. Damen und Herren jederzeit willkommen. Anmeldungen werden an den Übungsabenden und bei Herrn Bruno Große, Riesa, Dobe Str. 6, II. entgegenenommen.

Deutsche Kavallerie, Riesa. Dienstag, 12. d. M., abends 8 Uhr Monatsversammlung im Vereinslokal Wettiner Hof.

Frauen-Verein Riesa. Jahres-Versammlung Donnerstag, 14. 2., im Pfarr-Saal 1/3 Uhr.

Verein für Volksbildung und Kunstpflege.

Mittwoch, 13. Febr., abends 8 Uhr in der Aula der Oberschule spricht Herr Oberl. Schönebaum über

Albert Lortzing u. sein Waffenschmied

(Einführung zur Aufführung der Staatsoper).
 Eintritt 50 Pf., für Einzelmitglieder 80 Pf.

Vom 16.-19. Februar 1924 werden wir in Dresden, Hotel zum goldenen Engel, Wilsdruffer Str. 7, anwesend sein, um nach der Natur

künstliche Augen

für die Patienten anzufertigen und einzupassen.

H. Ad. Müller Söhne, Riesa
 Anstalt für künstliche Augen.

Um Verwechslungen mit ähnlichen Namen zu vermeiden, bitten wir, auf Namen und Zeit genau achten zu wollen.

Dienstmädchen

wird per 15. Februar ev. 1. März gesucht.
 Restaurant Burgfelder Wittweida i. Sa.

Hohes Einkommen.

Zu best. Privatstellen gut eingef. Offizier a. D. Rentner, für den Vertrieb von

Radio-Empfangs-Apparaten

sofort gesucht. Bewerbungen unter A 884 an Al.-Hofmann- & Vogler, Chemnitz erbeten.

Freie jeden
 Mittwoch
 vorm. 9 Uhr
 mit einem
 Transport
Zucht- u. Kaffee-Tabak
 in Webers Restaurant ein.
Paul Beudler.

Nieml. neues Hausgrundstück m. Feld, Stollung und Garten in neuem Ortsteil Riesa bei a. Ver. Off. mit. F 881 an das Tagbl. Riesa.

Wehr. Kinderwagen und obal. K.-Korbgefäß zu verkaufen.
 Liebesstr. 8, Schloßstr. 8.

Deute frisch eingetroffen:

Grüne Heringe ff. Seezische.

Carl Planer, Gröba.
 Otto Planer, Riesa.
 Täglich frische Seezische, frische grüne Heringe.
 Clemens Bürger.

Das berühmte halbjährige

Sohn-Album

ist eingetroffen.
 In haben
Vöppcher Str. 31, 2.
 gegenüber d. Museum.

Am 9. Februar, vorm. 1/4 Uhr verschied sanft und ruhig im Krankenhaus Riesa infolge Unheilhaftes im Eisenwerk unser innigstgeliebter Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

Arthur Hugo Hennig

im blühenden Alter von 22 Jahren.

In tiefsten Schmerz Familie Hennig und Angehörige.

Heyda, den 11. Febr. 1924.
 Beerdigung Dienstag nachm. 2 Uhr in Heyda von d. Friedhofshalle aus.

Heute entschlief sanft nach langem, schwerem Leiden meine liebe Gattin, unsere gute Mutter, Schwiegermutter, Groß-, Urgroßmutter und Tante

Frau Marie Junold

geb. Ebner
 im Alter von 71 Jahren, nebst allen Hinterbliebenen.

Höhlen bei Zahnshausen, den 9. Februar 1924.
 Die Beerdigung erfolgt Dienstag nachmittag vom Trauerhause aus.

Visitenkarten

100 Stück M. 2.75
 liefert
 schnellstens

Buchdruckerei
 Langer & Winterlich
 Riesa, Goethestraße 50.

Glegante Lampenschirme

und Tischdecken
 fertigt sauber u. billig an
Saundersstraße 41, 1.

Handwagen

solibeste Bauart, in allen Größen, sowie Geländewagen aller Art empfiehlt zu bedeutend ermäßigten Preisen

B. Eyngler
 Gröba

Sonabend früh 1/8 Uhr entschlief nach langem, in Geduld ertragenem Leiden unsere gute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Marie Wieth.

Riesa, Meißner Straße 28, den 11. Februar 1924.
 Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Dienstag um 2 Uhr statt.
 Die heutige Nr. umfasst 6 Seiten.

Der Sturm gegen die Währung.

(Von unserm Berliner Vertreter.)

Wohl geraumer Zeit schon sind Kräfte im Gange, die sich demanen, die lange stabile deutsche Währung wieder in Fluss zu bringen. Bedauerlicherweise können sie in Deutschland gesucht werden. Und es liegt Material vor, das namentlich aus dem besetzten Gebiet in letzter Zeit wiederholt Vorstösse gemacht wurden, um durch eine überzogene Anforderung von Devisen die weitere Stabilisierung der Mark unmöglich zu machen. Welche Grande hier missprechen, lässt sich nicht übersehen. Aber es ist bedauerlich, solche Rationierungen in Deutschland zu gewahren, die vom Ausland betrieben erklärt sind. Es darf nicht uberrischen, wenn ein solches Treiben interessierter Kreise sofort die nötige Unterstützung von interessierten Auslandskreisen erhält. Mit allen Mitteln hat man ja seit Einführung der Rentenmark versucht, das Ansehen dieses Zahlungsmittels in schädigen und selbst auf Deutschland gebudt, das es mit eigener Energie vermochte, sich durch die Rentenmark auf eine gesunde Basis zu stellen. Man versuchte, genau wie die interessierten deutschen Kreise, die Papiermark in Fluss zu bringen, und meinte damit selbstverständlich auch die Rentenmark in Bewegung setzen zu können. Diese Spekulation indes ist grundsätzlich, namentlich, soweit es sich um Auslandskreise handelt, denn selbst wenn es gelingen würde, die Papiermark zu verschlechtern, wante dadurch die Rentenmark nicht berührt werden. Im Gegenteil, würde diese mit den Devisen steigen. Und heute sind wir gottlos in Deutschland so weit, nur ausschließlich mit der Rentenmark rechnen zu können. Während das die Rentenmark im Ausland nichts zu tun. Wenn sie dort behandelt wird, so nur im freien Verkehr, der einen Einfluss auf die Wertbestimmung der Rentenmark nicht ausüben kann. Auch der grösste Feind wird anerkennen müssen, das die Rentenmark vollständig gedeckt ist, die Deckung im Gegenteil soweit geht, das mit Recht teilweise im Ausland die Rentenmark über Goldbari steht.

Welche Mittel herhalten müssen, um die deutschen Finanzen wieder einmal zu erhitzen, die deutsche Stabilisierung unmöglich zu machen, erfährt man aus den Meldungen, die in den letzten Tagen durch die Presse gingen, namentlich durch die Auslandspresse, denn in Deutschland selbst hat man ihnen keinen besonderen Wert beigemessen und sofort begriffen, was diese Sensationmeldungen bezwecken. Man hat versucht, den Kredit Deutschlands dadurch zu untergraben, das immer wieder behauptet wurde, in den Schwerkriegs-Kommissionen wären Mitarbeiter eingetreten, hervorgehoben durch die abnehmende unzuverlassliche Haltung der deutschen Regierung und deutscher Sachverständiger. Man hat die letzte deutsche Note in der Wallstraße herausgeholt, um den Beweis zu erbringen, das die deutsche Auslandspolitik einen Mikariff nach dem anderen mache, was zur Folge haben würde eine Diskreditierung des Vertrauen zu Deutschland. Man hat die Finanzkrise in New York aufgedeckt und versucht, das Verhältnis zwischen Deutschland und Amerika zu trüben, vor allem aber darauf hinzuwirken, das Amerika nicht mehr die Bereitwilligkeit haben sollte, den immer schon besetzten Kredit an Deutschland zu sehen. Soweit man die Bewegung der Mark an den Auslandsbörsen beobachten kann, erweist sich das diese Fiktionen der uffentlichen Meinung, in die Welt getragen von misslandigen Auslandsberichtern in Berlin, das den Erfolg hatten, die solange stabile Mark in Bewegung zu setzen. In vorstehenden Borsennotizen, selbstverständlich im unzumehrenden Umfange, ist die Mark schlichter notiert worden, und dieser Umstand hat sofort zu einem allgemeinen Restloswerden veranlasst, denn man hatte nun Grund, die Situation zu urteilen und man tat es in dem Bewusstsein, eine schwache Stelle gefunden zu haben, um der deutschen Wirtsch, der deutschen Wirtschaft, dem deutschen Streben nach Stabilität Einhalt zu tun. Von deutscher Seite sind die nötigen Gegenmaßnahmen bereits erfolgt. Schlimm auf Berlin folgten die Dementi auf die sensationellsten Meldungen deutscherseits. Seitens der Regierung und des Wahrungskommissionars ist nun noch alles getan, um jede Meldung, die das Vertrauen zur deutschen Währung schwächen kann, schädlich zu kennzeichnen und ihr zu denegieren. Eine innerpolitische Reorganisation kann eine Furcht vor einer neuen deutschen Inflation nicht rechtfertigen. Im Gegenteil zeigt sich in den letzten Tagen auch in den Parteien weitestgehendes Verhandnis, gerade in den Steuerkreisen Feind zu forrieren, die erst von der Regierung gemacht werden könnten und die angedracht wären, den Ausfall des deutschen Ertrags zu verhindern. Es unterliegt keinem Zweifel: man wird dem Treiben gegen die deutsche Währung am schnellsten bekommen, wenn man die eigentliche Absicht erkennt. Und diese geht in der Doppelnote von Frankreich dahin aus, durch eine Schädigung des deutschen Kreditwesens die französische Konkurrenz zu forieren, die französische Politik ausfuhrreicher zu machen und schließlich sogar dadurch dem schwachen französischen Franken eine Stütze zu geben, weil das Interesse der Spekulation auf ein anderes Gebiet, auf das deutsche Mark, gelenkt werden würde. In Deutschland hat sich das Vertrauen zu unserer Währung zu bestärkt, das selbst die Treiber in Deutschland es nicht mehr erheutern können. Man glaubt denn auch bei uns nicht daran, die jetzigen Verhältnisse sich etwa anders gestalten zu sehen. Und erfreulicherweise würde der Widerstand der breiten Masse gegen eine neue Inflation derart elumtlich sein, das er schon Hinreichend würde, das nötige Gegengewicht gegen Spekulationsstreiberen schneller Kräfte zu geben. Wenn die Absicht besteht, gründlich zu erfordern, welche deutschen Kreise mit feindlichen Treiberen Hand in Hand stehen und diese Kreise an den Pranger zu stellen, so wird man das nur begreifen.

Der Zusammentritt des Reichstages.

In der Sitzung des Reichsausschusses des Reichstages am heutigen Montag werden die meisten Parteien den Zusammentritt des Reichstages zu Beginn der nächsten Woche fordern. In derselben Woche soll eine große politische Kundgebung stattfinden, in der besonders über den Ausnahmestand und die Verhältnisse in der äußeren Politik gesprochen werden soll. Man rechnet mit einer starken Oppositionshaltung der Sozialdemokraten und, was die äußere Politik anlangt, auch der Deutschnationalen. Die Reichsregierung wird den Plan einer Verstärkung des Ermächtigungsgesetzes wahrscheinlich fallen lassen, weil keine Aussicht besteht, das für eine Mehrheit im Reichstage findet. Die zahlreichen Anträge zur Wahlerneuerung der Reichstagsmitglieder, besonders auf dem Gebiet des Steuerwesens und der Justiz, werden schwerlich noch künstlich durchgebeten werden können, und es sind deshalb Besprechungen unter den Parteien im Gange, vorläufig die Verordnungen, die den meisten Widerstand gefunden haben, einfach aufzuheben und die ins Einzelne gehenden Verordnungen der Materie erst später vorzunehmen. Besonders hart ist der Widerspruch zwischen der Regierung und der Mehrheit der Parteien in der Frage der dritten Steuernotverordnung und man hält es nicht für ausgeschlossen, das das Kabinett hierbei die Vertrauensfrage stellen und von der Abstimmung daruber sein Verbleiben im Amt abhängig machen wird, mit der Voraussetzung, das von der Anerkennung dieser Steuern die Bilanzierung des Budgets abhängt.

Nochmal die Hypothekenaufwertung.

Die praktische Durchführung der Hypothekenaufwertung nach Mahande der jetzt noch den Finanzveraussetzungen beschlagenden dritten Steuernotverordnung hat vielfach in missverstandlicher Auffassung Anlaß gegeben; diese war darin begründet, das einerseits der Wortlaut nicht vorlag, während andererseits dieser selbst ziemlich unklar ist. Nach Erkundigung an makhabender Stelle können wir nunmehr mitteilen: Hypotheken, die vor dem 1. Januar 1923 entstanden sind, werden nicht nach den Bestimmungen der Verordnung aufgewertet. Eine Hypothek vom 1. Juni 1923 in Höhe von fünfhundert Mark unterliegt also nicht der sechsprozentigen Aufwertung. Die Aufwertungsfrage ist in diesem Falle durch ihre Vereinbarung oder auf dem Rechtswege zu erledigen. Hypotheken, die vor dem 1. Januar 1919 entstanden sind, werden nicht aufgewertet, das der Goldmarkbetrag als Neuenbetrag gilt. Handelt es sich um eine Hypothek über fünfhundert Mark vom 1. Juni 1923, so wird diese aufgewertet auf zehn Prozent des Neuenbetrags, das heißt, sie ist mit fünfhundert Mark zurückzahlen. Hypotheken, die nach dem 1. Januar 1919 entstanden sind, also vom 1. Januar 1919 bis 1. Januar 1923, werden aufgewertet unter Umrechnung auf der Dollarbasis. Eine Hypothek über fünfhundert Mark vom 1. Juni 1922 wure also soviel wert als würde: Am 1. Juni 1922 war der Dollarkurs 272: fünfhundert Mark also gleich 185 Dollar. Diese Hypothek wure also zurückzahlen mit 18,5 Dollar. An Hand dieser Beispiele dürfte es nicht schwer sein, alle praktischen Fälle zu berechnen. Dabei ist jedoch zu bemerken, das diese Berechnung aufgestellt ist auf Grund des jetzigen Wortlautes der Verordnung. Ob sich vor der Inkraftsetzung noch Veränderungen ergeben, bleibt abzuwarten.

Die bayrische Frage.

Von unterrichteter Seite erhält unser Berliner Vertreter folgende unparteiische Information: Die Entscheidung in Würtemberg wird sowohl von der bayerischen Regierung als auch von der Reichsregierung mit Bedauern betrachtet. Die Annahme führer Nationalsozialisten und ihre Verhandlungen mit Ehrhardt und den würtembergischen Verhanden denken nach Ansicht der Regierungskreise auf die Absicht eines gewaltsamen Vorkusses beim Sturzprozess hin. Obwohl die Führer des Zentrum sowie der demokratischen Partei haben die Reichsregierung darauf aufmerksam gemacht, das eine erneute Wirtschkung der Reichsautoritat durch einen Mündlicher Wirtsch gerade im gegenwärtigen Stadium der inneren und äußeren Politik für das Reich nicht mehr tragbar sei und haben von der Reichsregierung verlangt, das sie in diesem Falle unverzüglich, falls die Machtmittel der bayerischen Regierung sich als unzureichend erweisen, mit bewaffneter Macht in Bayern einzugreifen. Reichswehrminister Geiser hat prinzipiell diesem Gebotensantrag zugestimmt, und bereits in den ersten Tagen der laufenden Woche wird der bayerischen Regierung mitgeteilt werden, das das Reichskabinett im Falle dreierweriger Gefahr sofort einmarschieren würde. Infolgedessen wird auch der Ausnahmezustand bis zum Beginn des Sturzprozesses aufrecht erhalten bleiben. Die rechtsradikalen Strömungen in Norddeutschland, die in Einzelteilen ebenfalls Bedauern erregt haben, werden vom Militärbefehlshaber und dem Reichswehrminister nicht als gefährlich angesehen.

Der Weisenkern

von Lloyd Georges Entwurflungen.

Die Auseinanderbesprechung, die sich an die Entwurflungen Lloyd Georges über das Zustandekommen der Befestigungsbestimmungen im Friedensvertrag angebanden haben, drohen den Kern der politisch hochbedeutenden Angelegenheit zu verballen. Ob Lloyd George tatsächlich ein Interwium mit dem Zweck der Verfestlichung gegeben hat, ob er etwa die in Frage kommenden Journalisten, die er in seine Wohnung denien hat, absichtlich zu einer Art Disziplinierung verleiten wollte, von der er dann später der Form nach abrufen konnte, ob es sich bei dem Interwium inhaltlich um die Festlegung eines tatsächlichen Geheimvertrages oder nur um den Hinweis auf gewisse, Lloyd George erst jetzt bekanntgewordene Abmachungen handelt, ist an sich bedeutungslos. Tatsache ist, das Wilson und Clemenceau in Absprache mit Lloyd Georges sich poglich über eine Frage geeinigt haben, die vorher wochenlang schwerwiegendste Auseinandersetzungen herbeigeführt hat und die einfach unlösbar waren. Wie dieser Umstand im einzelnen zustande gekommen ist, wiewohl Lloyd George nicht zu lagern. Der springt nun der frühere italienische Ministerpräsident Orlando in die Bude. Er weist darauf hin, das Wilson und Clemenceau auf Kosten Italiens durch die Zustimmung zur Weimarerabrede die Ausschleissung Stimmes aus der Italianen ausgeprochenen Kreisbreite erlangt hat. Diese neue Entwurflung, die Lloyd George gegen Frankreich und vielleicht auch gegen die Regierung Wiedonald gerichteter Sachausgang nach ihm gesungen hat, gestaltet wieder einmal einen nur die Zukunft sehr bedeutsamen Einblick in das Weiriede der Verwalter Konventionen. Kundenscher schlusslicher Aus ist dort getrieben worden, wo der amerikanische Präsident eine auf die höchsten mottlichen Ideale begründete Neuregelung der Weltordnung verschrieben hatte. Die zahlreichen Verfestlichungen über das Kulissenpiel von Versailles werden durch die neuesten Entwurflungen aufs vortollste erganz.

Neue Vereinbarungen mit der Wikum.

(Paris). Die Agence Havas lässt sich aus Düsseldorf melden: Die Grubenbesitzer und die Wikum haben beschloen, die Kohlenlieferungen an Reparationskonten, die gegenwärtig auf 7 Prozent des Reinertrages der Bergwerke beschränkt sind, vom 1. März ab auf volle, von der Reparationskommission vorgeschlagene Tonnen zu bringen. Die gegenwärtigen Sätze der Kohlensteuer und der Ausfuhrabgaben sollen ebenfalls anders geregelt werden. Es sei nach der gleichen Meldung endlich auch beschloen worden, das die Wähler, die nach dem Ausland gehen, mit dem gleichen Freibeleg besetzt werden sollen, wie die nach dem unbesetzten Deutschland.

Zurickweisung des Volksbeschrens auf Auflösung des Landtags.

110. Dresden. Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei teilt mit: In der Sache des Volksbeschrens des Reichsausschusses der USA, Sachsen hat das Gesamtkabinett im Beschlusse vom 4. Januar d. J. über die Zulassung eines Volksbeschrens auf Auflösung des Landtags (Sachs. Staatszeitung Nr. 3 vom gleichen Tage) sich entschieden. Die Anträge des Landesparlaments aus dem USA, Sachsen vom 3. und 29. Januar d. J. auf Zulassung eines Volksbeschrens über die Auflösung des Landtags werden zurückgewiesen.

Man wird von zuständiger Stelle geschrieben: Der Beschlusse des Gesamtkabinetts hät sich wiederholt, wie schon der Reichsbeschlusse vom 18. Januar, zunächst darauf, das der Landesparlamentsausschuss nicht die Eigenschaft eines Vorlandes einer Vereinigung hat, wie es der § 1 Abs. 2 des Gesetzes über Volksbeschren und Volksentscheid fordert. Das ergeht sich aus dem Reichsorganisationsstatut der USA Deutschlands, wonach die Bezirksverbände die Grundlage der Parteiparlamente bilden. Sie schickten sich zur Verletzung landespolitischer Angelegenheiten zwar an einer Reichsversammlung mit einem Reichsausschuss an der Spitze zusammen, dem aber die Befugnis zur Vertretung der Gesamtheit der Bezirksverbände nicht zusteht. Das ergeht sich auch aus dem Statut der sächsischen Landesparlamentarische und des Bezirksverbandes Dresden der USA. Der Landesparlamentsausschuss hat in seinem Schreiben vom 29. Januar zwar angeführt, das der Antrag des Landesparlaments in einer Sitzung vom 5. Januar von den vier sächsischen Bezirksverbanden und am 6. Januar vom Landesparlament der sächsischen Sozialdemokratie gebilligt worden sei. Das ist aber nur die rechtliche Beurteilung der Sache unerheblich, da der Antrag nur vom Landesparlamentsausschuss selbst gestellt worden ist. Aus demselben Grunde ist es ohne rechtliche Bedeutung, das zwischen Landesparlamentsausschuss und dem Bezirksverband Dresden Personalunion besteht.

Der Landesparlamentsausschuss hat in dem oben angeführten Schreiben auch eingewendet, das der Beschlusse des Kabinetts vom 18. Januar deshalb unwirksam sei, weil die Zulassung des Antrages bereits durch den Beschlusse des Kabinetts festlich ausgesprochen worden war. Ein neues Kabinett könne diesen Beschlusse nicht wieder umstoszen. Das trifft nicht zu. Neuer Beschlusse des Kabinetts festlich ist kein Zulassungsbeschlusse, wie ihn der § 2 Abs. 3 des Gesetzes fordert, denn dann hät das Gesamtkabinett auch die Befugnis für die Wirtschkung bestimmen müssen. Der Beschlusse vom 4. Januar ordnete aber lediglich die Veroffentlichung des Antrages des Landesparlamentsausschusses an, die Freitellung blieb vorbehalten. Daher war das gegenwärtig Kabinett berechtigt und verpflichtet, bei der Erzeugung des Beschlusses vom 4. Januar, ohne die Zulassung des Volksbeschrens nicht wirksam werden konnte, die Befugnis der Antragsteller zu prufen.

Der Antrag mußte also abgewiesen werden, weil die gesetzlichen Bestimmungen nicht erfüllt sind. Schließlich mußte der neue Antrag des Landesparlamentsausschusses vom 29. Januar, der mit 1700 Unterschriften begrundet ist, ebenfalls abgewiesen werden, und zwar deshalb, weil diesen Unterschriften die vom Gesetz geforderte Beglaubigung der Gemeindebevorbte fehlt, das sie von Berlinen geleistet worden sind, die das Landtagswahlrecht besitzen. Denn § 1 des Gesetzes über Volksbeschren und Volksentscheid vom 8. März 1921 verlangt ausdrücklich: Das Stimmrecht der Unterschriften ist durch eine Verfigung der Gemeindebevorbte ihres Wohnortes nachzuweisen.

Politische Tagesbericht.

Ausdahnungen gegen die steuerliche Ueberlastung des Mittelstandes. Die Organisation des gewerkschaftlichen Mittelstandes veranlasst mehrere in der Automobilhalle am Kaiserdamm in Berlin eine stark besuchte Kundgebung gegen die steuerliche Ueberlastung des Mittelstandes. Das Reichswirtschaftsministerium, die Berliner Handelskammer und die Innungen sowie die Verbände verschiedener Zweige des Einzelhandels und der Haus- und Grundbesitzer hatten Vertreter entsandt. Von den politischen Parteien beteiligten sich die Deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Wirtschaftspartei. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, in der eine Veranschlagung der Steuererlege sowie die Erhaltung eines gelunden Mittelstandes und die Stärkung des inneren Marktes durch Wiederbelebung der Baudatigkeit verlangt werden. Technische Ausdahnungen wurden gleichzeitig in vielen deutschen Städten veranstaltet. Forderungen der spanischen Markbesitzer. Eine Anordnung von Besigern deutscher Mark wurde kürzlich den Präsidenten des Direktoriums auf, um ihn um Maßnahmen zu bitten zwecks der Kontrolle der Zahlungen der verschiedenen in Spanien eingeschickten Fremden Banknoten. Gleichzeitig wurde die Suspension der Naturalisationsgesetze für Deutsche angeordnet.

Die Ministertreffenkonferenz über das Sicherungsproblem. Bei einer Besprechung über das Sicherungsproblem teilte der "Matin" mit, das die Alliierten sich demnach in einer Sitzung unter Führung des Marschall Foch ausführlich mit diesem Problem beschatigen werden. Doch wird den Alliierten verschiedene Anregungen unterbreiten, über die dann die Aussprache eroffnet werden soll.

600 deutsche Zeitsens, die infolge des Streiks in England gelunden waren, sind an Bord eines dänischen Dampfers nach Hamburg abgereist.

In den deutsch-polnischen Verhandlungen über die Frage der Staatsangehörigkeit der Deutschen in Polen, die am 12. Februar in Gen beginnen, hat die Deutsche Regierung folgende Delegation ernannt: Staatssekretär a. D. Dr. Lewald, Oberregierungsrat Bedwin und Professor Kaufmann. An der Spitze der polnischen Delegation steht der Direktor im Warschauer Innenministerium Kosminski.

Eine Million-Rente für Japan. Aus New York wird gemeldet: Eine Anleihe von 50 Millionen Dollar für Japan soll am Mittwoch gleichzeitig in New York und in London ausgegeben werden.

Ein neues Memelstatut.

Gemäß Artikel 99 des Versailles Vertrages hat sich Deutschland verpflichtet, mit jeder Regelung der Memelfrage sich einverstanden zu erklären. Deutschland hat selbstverständlich versucht, mindestens eine Autonomie der Memellandes zu erreichen. Nachdem der Entwurf der Memelkonvention von der litauischen Regierung nicht angenommen wurde, hat der Volterbund eine Kommission zum Studium der Memelfrage ernannt. Diese Kommission besteht aus einem Amerikaner, einem Holländer und einem Schweden. Die Kommission ist am Sonntag durch Berlin nach Memel gereist. Sie hat den Auftrag, nach gründlichem Studium der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse des Memelgebietes dem Volterbund bis zum 10. März ein neues Statut vorzulegen.

